

Deutsch-Oesterreich in Berlin.

Die Reichsdeutsche Waffenbrüderliche Vereinigung hatte gestern abend zu einer neuer: Heerschau in das Abgeordnetenhaus eingeladen. Nachdem Ende vorigen Jahres die Ungarn über ihren Staat und seine Beziehungen zum Deutschen Reich sich zu uns ausgesprochen hatten, folgte nun der cisleithanische Teil der Doppelmonarchie mit Reden zweier seiner bekanntesten Kulturträger. Unwillkürlich zieht man Vergleiche. Damals im Reichstag, als ein politisch so von Haß und Günst umbrandeter Charakterkopf wie Apponyi sprach, lagen auch gewissermaßen politische Spannungen in der Luft, man ging hin in dem Gefühl, daß man nicht alles ohne weiteres würde gutheißen können, was dort von den madjarischen Patrioten würde gesagt werden, und man fand sich in dieser Erwartung nicht getäuscht. Gestern war dieser stärkere politische Luftzug in dem verhältnismäßig nicht stark besuchten Hause kaum zu spüren. Das ist kein Zufall, man könnte es vielleicht sogar für eine beachtenswerte Erscheinung halten, denn sie zeigt, daß wir mit österreichischen Angelegenheiten schon sehr gut vertraut sind, wenigstens soweit das für Reichsdeutsche möglich ist. Auch die beiden Redner des Abends brachten ausschließlich Gedankengänge, die uns glücklicherweise nicht mehr fremd sind. Zunächst hörten wir über Oesterreichs historisch-politische Sendung im Kreise der Völker eingehende Darlegungen aus dem Munde von Prof. Dopich, die namentlich in der Behandlung der auswärtigen Politik fesselnd waren und manches in bester persönlicher Beleuchtung zeigten. Auch seine Ausführungen über das Nationalitätenproblem waren recht überlegt und von sachlich abwägender Gerechtigkeit. Mit besonderer Spannung wurde die Rede des früheren Justizministers Dr. Klein entgegen genommen, eines der bekanntesten Männer des öffentlichen Lebens in Oesterreich. Ist er doch der eigentliche Schöpfer der modernen österreichischen Jurisprudenz und zugleich einer der ersten Wirtschaftspolitiker und Handelspolitiker. So sprach er denn auch als wirklicher Fachmann über den deutsch-österreichischen Wirtschaftsbund und die besonderen Voraussetzungen, die das Donauland dafür mitbringt. Er dachte über die wirtschaftlichen und kulturellen Gemeinschaftsmöglichkeiten ziemlich optimistisch und hoffte, daß die vorhandenen Reibungsflächen mit der Zeit immer geringer werden würden. Hoffentlich gibt die Zukunft seiner Auffassung recht. Jedenfalls war das Ergebnis des Abends recht befriedigend, denn man merkte es unseren Gästen an, wie fest sie mit ihren inneren Ueberzeugungen für die deutsche Waffen- und Kulturbrüderlichkeit eintreten. Die Veransalter haben jedenfalls sich mit der Gewinnung der Redner allgemeinen Dank erworben.

Wir geben im Folgenden einen ausführlichen Bericht über die Rede.

Zunächst ergriff Professor Dr. Dopich das Wort und führte aus:

Der Beruf Oesterreichs war von allem Anfang an, ein Bollwerk des Deutschen Reichs gegen Osten zu sein. Schon die karolingische Ostmark an der Donau diente diesem Ziele, die Ausbildung einer starken Hausmacht der Habsburger nach Beseitigung Ottokars II. von Böhmen schaffte einen starken Eckpfeiler im deutschen Südosten. Von hier aus wird die Landbrücke zu dem schmächtlichen Stammgut geschlagen und mit der Erwerbung Burgunds noch am Ende des Mittelalters das heutige Deutschland vom Süden her sichernd umfaßt. Die neue Gefahr aus dem Osten, welche durch das Vordringen der Türken 1526 entstand, bot die Angliederung des böhmischen Sudetenreichs, sowie des magyarischen Großkönigtums, durch deren Zusammenschluß Groß-Oesterreich gebildet ward. In zwei Jahrhunderte langem Kampfe wurde Ungarn und dazu gehörige Teile der Balkanländer erobert, gleichzeitig aber auch Frankreich, das den Feinden Oesterreichs stets Unterstützung leih, am Rheine abgewehrt. Trotz großer innerer Schwierigkeiten, welche die ständische Eigenbrödelerei der einzelnen Länder Oesterreichs, sowie die religiösen Gegensätze während der Reformationszeit bewirkten, konnte eine starke Außenpolitik unterhalten werden, die freilich nicht immer erfolgreich war, wie in Polen im 16. Jahrhundert.

Die Großmachtstellung Oesterreichs nach den Erwerbungen des spanischen Erbfolgekrieges begleitete eine Neuorientierung der europäischen Mächtekonstellation. — Nach dem Aussterben des Habsburgischen Mannesstammes droht, wie 1618, eine Aufteilung Oesterreichs (1740). Maria Theresia und Josef II. gestalten die bis auf Schlesien behaupteten Erblande durch eine zentralistische Verfassungsreform zu neuer staatlicher Erstarkung um. Oesterreich hat nunmehr den großen Beruf, Rußland, das nach der Teilung Polens zum Meere strebt und Konstantinopel erobern will, vom Baltan abzuwehren. Schon Metternich hat nach dem Verjagen der Entente zwischen Rußland, England und Frankreich (von 1821—31) als maßgebende Richtlinien der österreichischen Orientpolitik die Erhaltung der Türkei sowie die Bildung unabhängiger Kleinstaaten aus den Balkanländern aufgestellt und den Zar Nikolaus I. auf der Kaiserentree zu Rühnengrätz 1833 dafür gewonnen.

Eine bedeutende Aufgabe erwuchs Oesterreich infolge der Aufrichtung eines italienischen Einheitsstaates seit 1866, da derselbe Südtirol und Triest, sowie das Küstenland an der Adria loszureißen trachtet. Die große Felsenfestung, welche Südostdeutschland flankendeckung gewährt, Tirol, und der Zugang zur Adria müssen erhalten werden. Auch Ungarns Interesse am Meere ist davon berührt.

Die Neugestaltung der beiden selbständigen Staaten der Donaumonarchie im Jahre 1867 verbürgt durch die einheitliche Führung der gemeinsamen Außenpolitik eine Unabhängigkeit dieser von dem Nationalitätenstreit im Inneren. Die Gleichberechtigung aller Völker Oesterreichs, welche in Zeiten des allgemeinen, gleichen Wahlrechtes dazu geführt hat, bedeutet gerade für die Nichtdeutschen unter ihnen unlegbare politische Vorteile, die in anderen Großvölkerstaaten (z. B. Deutschland) fehlen. Sie müssen auch die staatliche Einheitskraft stärken, zumal der Weltkrieg lehrt, daß die Kleinstaaten

eine selbständige Sonderpolitik nicht führen können.

Darauf sprach Excellenz Dr. Klein über Wirtschaftsfragen:

Die neuere österreichische Wirtschaftspolitik ist in ihren Grundzügen und in vielen Einzelheiten von der des Deutschen Reiches nicht wesentlich verschieden. Im einzelnen, insbesondere in Aktien-gesellschaften und Gewerbeverfassung, gehen die Bindungen in Oesterreich weiter als in Deutschland. In der Außenhandelspolitik halten beide Reiche, seitdem der Zwiespalt im deutschen Bunde ausgetragen war, dieselbe Bahn ein. Nach Jahren entgegen-gesetzter Zollpolitik einigten sich Preußen und Oesterreich auf eine Handelspolitik nach dem damaligen westeuro-päischen Muster des Freihandels (1868). 1878 zogen sich dann die beiden Reiche auf eine selbständige Zollpolitik zurück, wobei insbesondere mitwirkte, daß Bismarck ein Zollsystem aufzurichten vorhatte, das der deutschen Produktion in ihrer Gesamtheit einen Vorzug vor der ausländischen geben sollte. Im Dezember 1871 fand der Uebergang zum System der mitteleuropäischen Handelsverträge statt, die die Unentbehrlichkeit in den politischen Augen des mitteleuropäischen Gebankens voraus ahnte. Im Rück-sicht erscheint die damalige Begründung des jetzigen handels-politischen Verhältnisses als eine große politische Tat.

Die Sozialpolitik hatte in Oesterreich und in den deut-schen Ländern ihre selbständigen Anfänge. Ein Zusammenwirken fand insofern statt, als die Novemberdekret des Deutschen Kaisers (1881) viel dazu beitrug, die hartnäckigen politischen Widerstände zu erschüttern, die eine Fortführung der Arbeiter-schutzgesetzgebung in Oesterreich lange aufhielten. Oesterreich ist nun Deutschland gegenüber hauptsächlich nur mehr in bezug auf die Alters- und Invalidenversicherung im Rückstande. Die Sozialpolitik ist trotz allen unversöhnlichen Gegnerkreisen ein natürliches, unentbehrliches, sittliches Glied der Volkswirtschaft geworden.

Die Organisation und die wesentlichsten Anstalten, der Kriegswirtschaft und die Kriegswirtschaftspolitik sind in Oesterreich und in Deutschland gleich. Der Krieg reißt aber eine weitere Uebereinstimmung an: die Gleichheit der wirt-schaftlichen Aufgaben der nächsten Zukunft. Die Mittelmächte haben vor dem Krieg zur Außenhandelspolitik verschoben gestan-den. Angesichts der ihnen allen unversöhnlichen Absichten der Feinde verschwindet aber dieser Unterschied. Gegenüber der Notwendigkeit solchen gemeinsamen Handelns dürfen zwischen den beiderseitigen Volkswirtschaften etwa bestehende Wett-kampferhältnisse nicht ins Gewicht fallen. Ein engeres wirtschaftliches Verhältnis muß ein gesunder lebenskräftiger Gedanke sein, sonst würde er nicht durch ein halbes Jahr-hundert immer wiederkehren und stets überzeugte Anhänger finden. Die gegenwärtige österreichische Regierung hat gleichfalls die Anbahnung solcher engerer wirtschaftlicher Beziehungen in ihr Programm aufgenommen, und eine maßgebende Persönlichkeit der deutschen Regierung hat einige Wochen später die Ansicht geäußert, daß die Innigkeit des Bündnisses auch auf dem Gebiete der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen mehr und mehr zum Ausdruck kommen müsse.

Die Wirtschaftspolitik dient nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch höheren außerwirtschaftlichen Zwecken. Diese sind technischer, geistig-sittlicher und staatlicher Fortschritt oder mit einem anderen Wort Kultur. Die Wirtschaftspo-litik verrichtet Kulturarbeit. Gleiche Wirtschaftspo-litik ist gleiche Kultur. Die neuere Wirtschaftspolitik ver-stärkt daher mit dem wirtschaftlich Gleichen das Band gleicher Kultur, das die beiden Reiche umschließt. Sie ist ein Zeichen mehr für diese Kulturgemeinschaft und fördert sie. Die gleiche Kultur der beiden Ländergebiete ist der geistige Unterbau und die Erklärung ihrer gleichen Wirtschaftspolitik. Außerhalb des politischen und militärischen Gebietes stößt ein Engergestalten des Zusammenschlusses, wenn er nicht etwa rein oberflächlich sein soll, vorläufig noch auf den Streit der beteiligten Wirtschafts-gruppen um den Markt. Er hat im Laufe des Krieges einiges von seiner ursprünglichen Schärfe verloren, namentlich in den österreichischen Wirtschaftskreisen; bevor er aber nicht befriedi-gend ausgetragen ist, haben die übrigen Ausgleichungen (Rechts-annäherungen, Ineinandergreifen sozialpolitischer Einrichtungen usw.) geringen Wert. Die Waffenbrüderlichen Vereinigun-gen werden nicht für irgendeine Formel der wirtschaftlichen Verständigung zu werben haben, sie müssen vielmehr das Be-wußtsein der alten geschichtlichen Gemeinschaft und der gegen-wärtigen zahllosen materiellen und geistigen Verflechtungen so ebenmäßig machen, daß die nach anderer Richtung neigenden wirt-schaftlichen Sonderinteressen nicht anders können als sich, wie einst, dem eigenen Staate so nun der höheren überstaat-lichen Gemeinschaft und den Erfordernissen ihrer Erhal-tung unterzuordnen. Diese Arbeiten werden die Oesterreicher in Reih und Glied mit den Deutschen in hoffnungsvoller Zuversicht aufnehmen.